

Das Republikfluchtgesetz um zwei Jahre verlängert

Sozialdemokraten und Deutschnationale mit den Bürgerblockparteien für das veraltete Zuchthausgesetz - Das Lustbarkeitsgesetz in zweiter Lesung angenommen

Berlin, 16. Mai.

In der Reichstagsitzung vom Montag erfolgte die Beratung der Verlängerung des Republikfluchtgesetzes. Der Volksparteilager Dr. Scholz gab für die Regierungsparteien eine nichtslagende Erklärung ab, nach der sich die Deutschnationalen mit den übrigen Regierungsparteien über die Verlängerung des Zuchthausgesetzes gegen die Arbeiter verständigt haben. Der Abgeordnete Landsberg (SPD) erklärte, daß er stolz sei, an der Schaffung dieses Zuchthausgesetzes mitgewirkt zu haben. Die SPD werde dem Antrag auf Verlängerung um 2 Jahre zustimmen. Für die kommunistische Fraktion stellte Genosse

Kreuzburg

die unumstößlichen Tatsachen in der Anwendung dieses gegen das Proletariat gerichteten Zuchthausgesetzes fest und behandelte die jammervolle Rolle der Sozialdemokratie wie auch die Gründe für den deusignationalen Umsturz. Kreuzburg wies darauf hin, wie heute nach fünfjähriger „Rechtspflege“ jedes politische Kind in Deutschland begriffen hat, daß das Republikfluchtgesetz nicht gegen rechts, aber immer und in schärferer Form gegen revolutionäre Arbeiter angewandt wurde. Er erinnerte die SPD daran, wie oft Landsberg, Rosenfeld und Lewi den Charakter dieses Republikfluchtgesetzes gefeiert haben. Auch die SPD-Führer wissen, daß bis zur Stunde kein einziger Ministerpräsident, kein einziger der Würdiger Erbherr, Rathmanns usw. auf Grund des Republikfluchtgesetzes verurteilt wurde. Die intellektuellen Urheber der Mordeaten seien heute entweder an den Futtertrüben des Staates, oder beisehen wie die Köpfe, Lüdwig, Ehrhardt und Konsorten, hohe republikanische Pensionen. Anders ist die Anwendung des Republikfluchtgesetzes gegen revolutionäre Arbeiter. Selbst Staatssekretär Joel mußte erst vor kurzer Zeit zweimal, das mindestens zehnmal so viel Arbeiter als Leute von rechts abgeurteilt werden. Tausende und aber Tausende von Jahren Zuchthaus, Gefängnis- und Kerkersstrafen wurden gegen die Arbeiter verhängt. Unter Hinweis darauf, wie man nach § 7 Abs. 4 dieses Gesetzes die SPD zur Staatsgefährlichen Organisation erklärt und in Bayern auf Grund dieser Bestimmungen ungeheure Strafen verhängt, die Kommunisten als vogelfrei erklärt, bezeichnete Genosse Kreuzburg die Ausmit-

tungen des gegen die Arbeiter gerichteten Gesetzes. Die Sozialdemokratie begründet ihre Zustimmung zur Verlängerung mit der Notwendigkeit des Weiterbestehens des Kaiserparagrafen in Wirklichkeit bringen in dieser Beziehung die Deutschnationalen kein Opfer, sie muß nicht verboten werden. Die deutschnationalen Minister im Kabinett haben die Anwendung der Kaiserparagrafen in den Händen. Was die Deutschnationalen opfern, sind 2 Prozent ihrer Demagogie der monarchistischen Propaganda, was sie gewinnen, sind die realen Positionen die ihre Futtertrübenbesther vermitteln. In den Parlamentarierien soll der Wankprozess gegen die Kommunistische Zentrale geführt werden. Auf Grund des § 10 des Republikfluchtgesetzes soll 10 kommunistische Abgeordnete das Mandat gerufen werden. Mit der Verlängerung des Gesetzes macht sich die SPD voll verantwortlich. Nur mit ihrer Zustimmung wird die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Bei der sich zu nehmenden Kriegsgesetz ist zu erwarten, daß die reaktionäre Bürgerblockregierung den § 7 dieses Gesetzes zur Grundlage eines Verbotes gegen die SPD machen wird. Bekanntlich steht die Bestimmung dieses Paragraphen vor, daß jede freisinnliche Organisation für Staatsfeindlich erklärt und verboten werden kann. Die SPD übernimmt auch dafür die volle Verantwortung. Die Kommunisten werden die Arbeiterklasse aufzulösen den entscheidenden Kampf gegen das Zuchthausgesetz zu führen. Bei der Abstimmung wird die Verlängerung des Republikfluchtgesetzes vom Bürgerblock, den Demokraten und Sozialdemokraten in gemeinsamer Front angenommen. Dagegen stimmen nur Kommunisten, Sozialdemokraten und Wälfische.

In der darauf erfolgten Abstimmung über das Lustbarkeitsgesetz lehnte der Bürgerblock alle Verbesserungsanträge ab. Die SPD stimmte gegen die Streichung wichtiger Strafbestimmungen, die die SPD forderte. Sie stimmte auch gegen den kommunistischen Antrag der die Ausnahmsbestimmungen zum Lustbarkeitsgesetz unter die Kontrolle des Reichstages bringen wollte. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die dritte Lesung des Republikfluchtgesetzes und die dritte Lesung des Lustbarkeitsgesetzes. Für die kommunistischen Antrag zur Artikeländerung.

Weniger Minister

Bekanntlich sollen mit der Regierungsumbildung auch einige Ministerien aufgehoben werden. Der deutschnationale Süddeutsche Volksbote schreibt hierzu:

Von den bürgerlichen Regierungsparteien ist bekanntlich u. a. auch verlangt worden, bis zum 1. Juni mit den Deutschnationalen eine Einigung über die Herabsetzung der Zahl der Ministerien herbeizuführen. Es ist längst ein offenes Geheimnis, daß keine der jetzt an der Regierung beteiligten Parteien einen Minister hergeben will und daß auch keiner der sieben Minister freiwillig seinen Posten räumen will. Bürgerliche und sozialistische Gewerkschaften gehen Arm in Arm mit der Behauptung treiben, die Deutschnationalen forderten aus ihrer antijohialen Einstellung heraus in erster Linie die Aufhebung des Arbeitsministeriums. Wer nicht von vornherein bewilligt ist, der muß diese Behauptung gegenüber den Deutschnationalen als eine Verleumdung bezeichnen. Im übrigen ist es in erster Linie Sache der heutigen Regierungsparteien selbst, den Deutschnationalen Vorläufe zu machen, welche Ministerien eventuell einzuzogen beziehungsweise zusammengelegt werden sollen. Wenn dabei auf eine Einigung des Arbeitsministeriums zugestimmt werden sollte, dann wäre das nichts weiter als ein Herbeiführen des früheren Zustandes, in dem wir in Sachsen nur vier Ministerien hatten. Das Wirtschaftsministerium u. B. ist auch aus dem Ministerium des Innern hervorgegangen. Würden u. B.

Zur Börse



Das Geschäft der Berliner Börse

von Wirtschaftsinstitutum wieder dem Ministerium des Innern angegliedert und das Arbeitsministerium von dem Ministerpräsidenten mit übernommen, der jetzt eine Vorstudie hat, in welche es nicht im geringsten eine Beeinträchtigung der Reichsbedeutung, die in den Aufgabengebieten der beiden Ministerien liegen, wohl aber würde eine solche oder ähnliche Zusammenlegung und die dadurch erreichte Verringerung der Zahl der Ministerien mit dazu führen können, daß das heutige Nebeneinanderregieren der einzelnen Ministerien einem ersprießlichen Zusammenarbeiten Platz machen könnte.

Wichtig werden sollen gerade die Ministerien, die engste die Ausgaben hatten sich besonders mit den Korruptionen der arbeitenden Klasse zu befassen. Nun ist zwar klar, daß in der kapitalistischen Gesellschaft auch diese Ministerien Interesse gegen die arbeitenden Massen sind. Der Abbau der Ministerien soll aber eine Verstärkung des bürokratischen Apparates bezwecken. Gegen diese Absicht werden wir uns wenden.

Die Stauwellen des Mississippi

Die Ueberflutungsanfälle des mittleren amerikanischen Reichens haben ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. In nahezu 50 Kilometer Breite sind die Deiche des Vanaux-Glacs von der Atlantikseite überdeckt worden und die Wassermaßen haben neben den Deichen einen Inlandssee von 700 Kilometer Länge und 80 Kilometer Breite gebildet. Die ganze Wasserfläche des Tennessee-Staates wälzt sich über das fruchtbare Weizen- und Baumwollland. Tausende Tausende von Farmerfamilien mit Vieh und Saatgut auf weiten Landstrichen nach hohem liegenden Gebirgen. Auf mehreren Erhöhungen des tiefsten Grades sind Hunderte von Personen eingeschlossen, die durch Weite gerettet werden müssen. Einige kleinere Nebenflüsse fließen durch den Druck der Ueberflutung aufwärts, was durch eine Reihe von Deichbrüchen schwer bedroht ist.

Von Monroe in Louisiana ist ein besonderer Rettungsplan zur Hilfeleistung für die Stadt Monjeur, die vom Wasser abgeschnitten ist, entworfen worden. Ungefähr 2000 Personen, davon 2000 Flüchtlinge, befinden sich in der Stadt. Der Rettungsplan führt allein 30 Wasserboote mit sich.

Wie die Deutsche Maschinen Zeitung aus New York meldet, hat Handelssekretär Hoover nach dem großen Dambruch bei Panou des Glaces folgende Erklärung erlassen: „Der Umfang dieser neuesten größten nationalen Katastrophe werden wir erst in den nächsten Wochen überblicken können. Wir hoffen, daß keine ernstlichen Verluste an Menschenleben eintreten. Mit weiteren Deichbrüchen in dieser Gegend ist zu rechnen. In den Konzentrationslagern dieses Staates befinden sich bereits 25000 Menschen; die Zahl wird in den nächsten zehn Tagen auf 75 bis 100 000 steigen.“

Wilhelmstraße 48, an die Buchhandlung Oswald Graf, Dresden, Allee 1, Jakobstraße 15, oder den nächsten Literaturmann.

Hankau unter dem Sowjetstern

Die Deutsche Tageszeitung bringt einen Sonderbericht vom 8. April aus Hankau, der kurz auf die politischen Umänderungen unter der Hankauer Regierung charakterisiert. Der Bericht enthält teils zunächst mit, daß man bis zum Vornach der Kontonahme mit den Chinesen sehr gut ausgekommen sei (trotz unbedingter Gebühre nach konnte), aber dann leide plötzlich ein Umsturz ein, den der gute Mann und Ausbeuter wie folgt beschreibt:

„Kurz darauf erschien Herr Borodin auf dem Plan, bietet Sowjetorganisations in Hankau, zusammen mit seinem ganzen großen Stab von bolschewistischen Vertrauten, Mitarbeitern und Aufwieglern, die dazu da sind, ganz internistisch das Volk in die Bahnen einer rein bolschewistischen Staatsauffassung zu leiten. Die Bilder, die ich hier seit einigen Monaten in dieser Hinsicht vor einem entwickelten, sind fast ein genaues Spiegelbild der Vorgänge in Rußland selbst. Es sind damit an die Massen sich in etwa 250 Gewerkschaften vereinigen, zuerst mit ganz verständlichen (!) Lohnverhöhnungen kamen und kurz darauf mit unabhättern sozialen Bedingungen herortreten. Und der Erfolg: es ruht fast jegliche Arbeit.“

Eine der ersten Maßnahmen ist die Anhebung der gesamten Presse, soweit sie nicht im Rahmen der linksradikalen Kuomintang mitschwimmt. Chinesische Zeitungen gemäßigter Richtungen werden überhaupt nicht gedruckt, und die beiden fremden Organe: Central China Post (englisch) und Hankau Herald (amerikanisch) sind zum Schließen gezwungen dadurch, daß die betreffende Gewerkschaft einfach den gesamten Offiziell zwangweise aus den beiden Druckereien holte und in einen Streit ungenutzter Dauer zwang. Dazu kommt die erklärende Tatsache, daß sich die europäischen Banken gezwungen gesehen haben, fast ungeführt einer Woche zu schließen. Dieser Entschluß, so schwer er das Wirtschaftslieben trifft, wurde diktiert durch Forderungen der russischen Bankangehörigen, welche lächerlich unermünder Natur, daß als vollkommen undiskutabel bezeichnet werden müssen.“

Der bekümmerte Mann sieht dann noch keine Notwendigkeit fest und irritiert gewaltige Hoffnungen auf Unabhängigkeit aus. „Aber dem Jittern, acht aber Herod, daß die Hankauer Regierung tatsächlich sofort der Arbeiterbewegung eine breite Entfaltung ermöglicht, und es zeigt gleichzeitig, warum Unabhängigkeit bei die Hoffnung aller Imperialisten und Ausbeuter gemorden ist.“

demnach wahrscheinlich einer und zum Schluß wird als großer Erfolg gezeichnet, daß die Reaktion noch ein paar aliofoidemokratische Votennwärter duldet. Nun, diese Politik hat bei der sächsischen Arbeiterklasse keine Massenanhänger finden können. Vor der sächsischen arbeitenden Masse stehen andere Fragen. Ob in 14 Tagen oder 8 Wochen die Deutschnationalen in die Regierung eintreten, ist dabei sehr gleichgültig. Der kompatible Block der Reaktion ist immer vorhanden. Das, was die Arbeiter versäumt haben, haben wir in den letzten Tagen schon mehrfach aufgejährt. Die SPD hat auch schon mehrfach auf den Weg hingewiesen, der aus dieser Situation herausführt. Dieser Landtag, in dem eine solche Anzahl von bankrotten Gruppen zusammensteht, die bei den Wahlen nichts zu gewinnen haben, wird niemals freiwillig auseinandergehen. Nur schärfter Druck zwingt diesen Landtag auseinander. Im Hinblick hierauf ist es angebracht, nochmals auf die Resolution des SPD-Unterbezirks, Tages hinzuweisen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben in der Resolution ein Bekenntnis zu außerparlamentarischen Aktionen abgelegt. Die erste mögliche Gelegenheit dazu, eine gemeinsame Mobilisierung am 7. und 8. Mai gegen den Faschismus, hat man aber nicht ergriffen. Wenige Tage noch steht man vor den Verhandlungen, durch welche die Deutschnationalen in die Regierung einzeln sollen. Von einer außerparlamentarischen Aktion der SPD ist, trotz der schönen Worte in der Resolution Edel, nichts zu spüren.

Nun kann uns Edel sagen, diese Resolution sei nicht für den praktischen Gebrauch, sondern nur als „Schmuckstück“ für den Parteitag eingebracht. Darum fragen wir die sozialdemokratischen Arbeiter, ob auch sie diese Resolution nur als eine Klappschale betrachten? Der Einmarsch der Deutschnationalen in das Kabinett soll den Faschisten mehr Handlungsfreiheit verschaffen, soll den Terror gegen die Arbeiter verschärfen, den Hausbesitzern noch mehr Gewinne zuwenden. Dabei steht aber als Hauptangelegenheit die geplante Einigung der Länder durch das Reich. Es ist geplant ein Reichsgesetz für die Grundsteuer, für die Gewerbesteuer und vieles andere mehr.

Hier zeigt sich die allgemeine Erstarrung der Reaktion. Durch Verrat des Reiches soll die Belastung der Arbeiter bedeutend vermindert werden. Dazu kommt die weitere Anhebung der Freiheit, das Jugendgesetz, das Kontrakt um. Dieses reaktionäre Vorgehen kann nur durch den aktiven Widerstand der Arbeiter zurückgeworfen werden.

Gegen die geplanten neuen Belastungen müssen die Arbeiter mit Kämpfen um Lohnverhöhnungen antworten. Aber die jetzt beginnenden Verhandlungen um die Regierungsumbildung müssen unter den Druck der Massenbewegung gestellt werden. Beschäftigung in den Betrieben, öffentliche Versammlungen, die ständig verarbeitete Forderung nach Auflösung des Landtages, das muß die Begleitmusik der Arbeiter zu dem neuen Regierungschaher sein. Nicht eine Gruppe verächtlicher Politikanten, die Arbeiter müssen über die Regierungsbildung entscheiden.

Die Lohnbewegung der Gemeindegewerkschaften abgedrückt

Auf Grund der Abstimmung der sächsischen Gemeindegewerkschaften über das neue Angebot des Unternehmerverbandes, hebt das mit gestern ausführlich berichteten, hat die Landesparlamentarierien die Vorschläge der Unternehmer angenommen. In der Abstimmung beteiligten sich in Chemnitz 69 Prozent aller Gemeindegewerkschaften, von denen sich 93 Prozent gegen die Annahme erklärten. In Leipzig nahmen 73 Prozent der Gemeindegewerkschaften an der Abstimmung teil, von denen ebenfalls 93 Prozent den Schließspruch ablehnten. Ueber das Ergebnis in Dresden haben wir bereits berichtet. Die Chemnitzer Gemeindegewerkschaften schlossen am Sonntag in einer Funktionärerversammlung nach Ablehnung des Angebots der Unternehmer in den Streik zu treten. Dem Reformisten Friedrich und seinen Leuten gelang es nicht, die Entscheidung über die Annahme in einer Funktionärerversammlung herbeizuführen. Die Funktionärerversammlung beschloß die Einberufung einer allgemeinen Gemeindegewerkschafterversammlung, die dann, wie schon bereits erwähnt, den Streik beschloß. Nun verlegten sich die Reformisten auf eine andere Taktik. Friedrich erklärte am Sonntag nach der Versammlung, daß es, bevor der Kampf in Chemnitz begonnen würde, notwendig sei, die Entscheidungen von Dresden und Leipzig abzuwarten um den Streik in ganz Sachsen, also zu einem Zentralstreik zu machen. Nachdem das Ergebnis von Chemnitz und Leipzig bekannt war, verweigerte der Reformist Pfeiffer von der Gauleitung die Streikgenehmigung für Sachsen mit dem Hinweis auf das noch vorliegende Gesamtergebnis. Auch der Hauptvorstand ließ am Montag früh erklären, daß er die Streikgenehmigung ebenfalls verlege. Nachdem das Gesamtergebnis der Abstimmung über das neue Angebot der Unternehmer bekannt wurde, entschied sich die Landesparlamentarierien für die Annahme des Angebots. Heute abend werden die Chemnitzer Gemeindegewerkschaften zu dem Ergebnis der Ablehnung Stellung nehmen.

Die rote Festsung des Weltproletariats

Im Jahre 1927 wird das Proletariat der ganzen Welt den gewaltigen Sieg feiern, den es jemals errungen hat. Das zehnjährige Jubiläum des roten Oktober, die Kampftage, in denen die Arbeiter und Bauern des größten europäischen Landes die Doppelfesseln zaristischer Sklaverei und bourgeoisen Ausbeutung gesprengt haben. Seit zehn Jahren heult die Meute kapitalistischer Soldatensoldaten in allen Sprachen gegen den ersten proletarischen Staat, klaffen die menschewistischen Kettenhunde mit ihnen im trauten Verein — trägt die Arbeiterklasse in sich das stolze Bewußtsein, daß die rote Fahne, die im Osten weht, nicht herabgeholt werden kann. „Sowjetrußland“ des ist der Kampfplatz für alle Unterdrückten, und das Wissen um den Weg seiner Arbeiter und Bauern zur Macht ist das notwendige Rüstzeug, das wir für unsere eigene Befreiung aus dem kapitalistischen Joch brauchen.

Zahlreich ist die Literatur, die die einzelnen Abchnitte der russischen Revolution behandelt, die Berichte der Mitkämpfer und Augenzeugen. Was aber bisher noch vollkommen fehlte, ist ein verbindender Leitfad, der die Vorgeschichte und das Werden jener gewaltigen Ereignisse schildert, die mit dem Sieg der Arbeiter- und Bauernmassen Rußlands geknüpft wurden. Diese außerordentlich wichtige Zusammenfassung liegt jetzt vor. Der Neue Deutsche Verlag gibt soden die

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution

heraus, die eine einzigartige Stellung in der bisher erschienenen Rußlandliteratur einnimmt. Sie beginnt nicht mit der einfachen Schilderung der bekannten Tatsachen, sondern beleuchtet zunächst in klarer, übersichtlicher Form die ökonomischen und politischen Voraussetzungen der russischen Revolution, beginnend mit der sogenannten „Bauernbewegung“ von 1861, die aus den Bedürfnissen des jungen Kapitalismus erwuchs, die feudalistischen Produktionsformen zu sprengen und den Weg für die industrielle Entwicklung freizulegen. Eine Millionenarmee von Lohnarbeitern wuchs aus den „befreiten“ Bauern. Auf den großen kapitalistischen Aufschwung am Ende des Jahrhunderts folgt eine schwere Krise, deren Folgen auf den Arbeitermassen lasten. — Langsam beginnt sich der Arbeiter zu entfalten. Gekennzeichnet durch Koalitionsverbote und durch Polizeiterror in die Subbotowischen Polizeigewerkschaften gedrängt, son-

dern vor allem durch traditionelle Vorurteile religiöser und monarchistischer Glaubenssätze gebunden, zerstört der blutige „Schwarze Sonntag“ diese Illusionen und verwandelt die Furcht- und Hoffensgläubigen in unerschütterliche Klassenkämpfer. Eine Reihe von Bauernaufständen und Streikbewegungen ist die Vorbereitung zum bewaffneten Ausbruch der Revolution von 1905, die mit dem wildensten weißen Terror niedergeschlagen und in einer Flut von Hinrichtungen und Verbannungen ertränkt wird.

Als zur Revolution des Jahres 1905 folgt uns die erste Lektion. Sie zeigt uns die frühesten Etappen des Sozialismus, den das russische Proletariat gegangen ist. Aber die aus Blut und Tränen, Verbannung und Tod erworbenen Lehren blieben unverdaut. In den Jahren der Reaktion (1907—1910) des Stolypinischen Herrschaftes schmeichelt sich die Arbeiterklasse die entscheidende Voraussetzung des kommenden Sieges — die Partei der Bolschewiki unter Lenins Führung. Unter schweren theoretischen Auseinandersetzungen beginnt in den Jahren 1911 bis 1914 die Arbeiterbewegung neu zu erstarken. Während der Kriegsjahre sammelt sich ein immer stärkerer Kern um die Fahne des Sozialismus bis in der Februarrevolution von 1917 der Verrat der Kerenski u. Co. auch den Arbeitern, die sich von der sozial-demokratischen Führerschaft bis zu den Zentrifugen entwickelten, die Augen öffnet. Der Boden für den Sieg der Kommunisten, für die Verwirklichung der Losung: „Alle Macht den Räten!“ ist bereit.

Es ist schwer, in dieser kurzen Uebersicht unserer Lesern einen Begriff von der Fülle des Materials, von der Bedeutung der bisher unveröffentlichten Dokumente, der Anschaulichkeit der zahlreichen vorzüglichen Bilder zu geben, die die illustrierte Geschichte der russischen Revolution vereint. Um es jedermann zu ermöglichen, in den Besitz dieses wichtigen Werkes zu kommen, hat sich der Verlag entschlossen, die illustrierte Geschichte der russischen Revolution in 14 Hefen erscheinenden Lieferungen à 40 Pf. herauszugeben.

Wer den Weg der Befreiung der russischen Arbeiter und Bauern kennenlernen will, der lese dieses Werk, das uns die größten Geschehnisse der Weltgeschichte nahebringt.

Um wegen der großen Zahl der eingelaufenen Bestellungen nicht mit der Bestellung warten zu müssen, richte sofort deine Bestellung an den Neuen Deutschen Verlag, Berlin W 8,